

Hitzesommer als Weckruf: Pflege und Ärzteschaft fordert von Pensions- und Krankenkasse, die Klimakrise nicht weiter zu finanzieren

24. September 2026, Bern

Die extremen Temperaturen der vergangenen Monate forderten Menschenleben: Erste Hochrechnungen gehen von mindestens 35'000 hitzebedingten Todesfällen in Europa aus. Auch in der Schweiz waren Notfallstationen und Gesundheitspersonal überlastet. Die Ursache der tödlichen Hitze ist bekannt: fossile Energien. Dennoch fliesst das Geld von Schweizer Kranken- und Pensionskassen weiter in Konzerne, die Öl, Gas und Kohle fördern. Gesundheitsorganisationen unterstützen gemeinsam mit 130 Organisationen die Forderungen der schweizweiten Koalition «Keine 50-Grad-Sommer!». Vor der Debatte «Hitzewelle und Dürre» am 30. September appellieren sie an das Parlament, rasch sozial gerechte Massnahmen für Umwelt- und Gesundheitsschutz zu beschliessen.

Der Hitzesommer 2026 ist das aktuellste Beispiel, welche dramatischen Auswirkungen die Klimakrise bereits heute auf die Schweizer Bevölkerung und ihre Gesundheit hat. Hitze belastet Herz, Kreislauf, Nieren und Psyche und verschärft bestehende Erkrankungen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Schwangere, Kinder, chronisch Erkrankte sowie Menschen mit tiefem Einkommen, schlechten Wohnverhältnissen oder Menschen, die draussen arbeiten oder auf der Flucht sind. Auch das Gesundheitspersonal litt unter unerträglichen Temperaturen: In Genf protestierte das Pflegepersonal des Universitätsspitals gegen Zimmertemperaturen von bis zu 34 Grad. «Die Klimakrise ist ein medizinischer Notfall», sagt Bernhard Aufderegg, Präsident der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz.

Prämien zahlen und Krankheitsursachen mitfinanzieren

Laut UBS-Sorgenbarometer 2025 sind Krankenkassenprämien und Gesundheitsfragen die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung, Umweltschutz und Klimawandel folgen auf Rang zwei. Beides hängt zusammen: Investieren Kranken- und Pensionskassen in fossile Energiekonzerne, beschleunigen sie die Klimakrise. Diese verursacht mehr hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle, das erhöht die Gesundheitskosten und schlägt sich langfristig in steigenden Prämien nieder. Die Gelder, die eigentlich Gesundheit und Wohlstand im Alter sichern sollten, gefährden somit die Lebensgrundlage von jetzigen und künftigen Generationen. Gemäss dem Rating der Klima-Allianz Schweiz investiert die Mehrheit der Pensionskassen weiterhin in klimaschädliche Konzerne.

Über 800 Gesundheitsfachpersonen aus der ganzen Schweiz haben deshalb einen [gemeinsamen Aufruf](#) unterzeichnet, die Pensionskassen zum Stopp fossiler Investitionen auffordert. «Als Angestellte können wir nicht wählen, in welche Pensionskasse unsere Altersvorsorge fliesst. Die Kassen aber können wählen, wie sie unser Geld anlegen.», sagt Bea Albermann, Assistenzärztin und Mitinitiatorin der Petition. «Dass unsere Prämien und Altersvorsorge weiterhin in gesundheitsschädliche Konzerne wie fossile Energien und Tabak investiert werden, ist ein Affront für uns als Gesundheitspersonal.»

Die zehn grössten Krankenkassen der Schweiz allein sind mit ihren klimaschädlichen Investitionen der Prämiegelder für mehr Treibhausgas-Emissionen verantwortlich als der gesamte nationale und internationale Flugverkehr der Schweiz.

Auch das Gesundheitssystem befeuert die Erderhitzung

Das Schweizer Gesundheitssystem verursacht knapp 7 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen. Ausgerechnet der Sektor, der Gesundheit schützen soll, treibt somit die tödliche Erderhitzung mit an. «Angesichts der zunehmenden Extremwetterereignisse in den kommenden Jahrzehnten braucht es nun dringend eine Transition hin zu einem resilienten, nachhaltigen Gesundheitssystem, das die Gesundheit der Bevölkerung schützt und fördert. Dafür müssen jetzt Gesundheitsfachkräfte entsprechend ausgebildet werden.», sagt Anoushka Dörr des Schweizer Medizinstudierenden-Verbandes *swimsa*.

Die Forderungen der Gesundheitsfachkräfte

Die Ärzt:innen, Pflegefachpersonen und weiteren Gesundheitsfachpersonen unterstützen das Manifest der Koalition «Keine 50-Grad-Sommer!» und fordern zudem spezifisch für die Gesundheit:

1. **Sozio-ökologische Transition des Gesundheitssystems:** Es muss einen gerechten Zugang zu hochstehender Gesundheitsversorgung für alle innerhalb der planetaren Grenzen gewähren, Resilienz und Kreislaufwirtschaft stärken und sich auf Primärversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention ausrichten.
2. **Wachstum des Wohlergehens statt des BIP:** Das Wirtschaftssystem muss auf die Förderung von Gesundheit und Wohlergehen ausgerichtet werden. Der aktuelle wirtschaftliche Fokus auf Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) schadet der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit und der Patient:innenversorgung.
3. **Bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheitspersonal und Hitzeschutz** in Gesundheitseinrichtungen für Personal und Patient:innen. Hitzeschutzpläne müssen konsequent umgesetzt und vulnerable Bevölkerungsgruppen geschützt werden.
4. **Umgehender Ausstieg** der Pensions- und Krankenkassen aus Investitionen in fossile Energiekonzerne. Das 2025 in Kraft getretene Klima- und Innovationsgesetz verlangt bereits klimaverträgliche Finanzflüsse. Dies muss unverzüglich umgesetzt werden: Pensions- und Krankenkassengelder dürfen nicht weiter in gesundheits- und umweltschädliche Konzerne investiert werden.

Diese Forderungen möchten die Gesundheitsorganisationen im Rahmen der Herbstsessions-Debatte zu "Hitzewelle und Dürre" am 30. September 2026 vom Parlament berücksichtigt sehen. Es braucht sozial gerechte Massnahmen, um den sofortigen Ausstieg aus fossilen Energien umzusetzen und die Gesundheit jetziger und künftiger Generationen zu schützen. Denn: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz.

Medienkontakte:



Bernhard Aufderreggen
Präsident, AefU - Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
Email: bernhard.aufderreggen@aefu.ch
Tel: +41 79 639 00 40



Anja Jost
Health For Future Switzerland
Email: advocacy@healthforfuture.ch
Tel: +41 78 212 99 33